

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2003



Ministerialrat nat.

Die Natur von sich aus hat den Beamten nicht hervorgebracht. Die Erfindung des Beamten gehört vielmehr zu den Kulturleistungen des Menschen. Wir haben uns an sie gewöhnt, blicken aber doch mit einem gewissen Befremden auf eine Figur, mit deren Erscheinen wir zu rechnen hätten, wenn die Überlegungen von EU-Agrarkommissar Franz Fischler

Wirklichkeit werden sollten: auf den Naturbeamten. Das ist ein Landwirt, der zunächst für sein reines Hiersein eine Art Grundgehalt als Landschaftsbewahrer bezieht. Auf das Grundgehalt bauen sich dann – zu etwas reduzierten Sätzen gegenüber der heutigen Regelung – die Geldleistungen auf, die „Brüssel“ für das Produzieren in Form von Beihilfen an die Landwirte zahlt.

Sich über das neue Modell lustig zu machen, heißt nicht, Spott mit den Bauern zu treiben. Sie verteidigen das System der Beihilfen zwar, aber das kann man ihnen nicht übelnehmen: Jeder Bürger – ob Unternehmer oder Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse – passt sich dem Steuerungsmechanismus an, den ihm der Staat auferlegt. Die EU-Agrarbeihilfen führen zwingend zur Überproduktion und nicht nur gelegentlich auch zur Belastung der Umwelt mit den Mitteln und Methoden, die zu einer möglichst hohen Produktion führen. Das liegt an der Logik des Systems, nicht an der Raffgier oder der Verantwortungslosigkeit von Bauern.

Was zu tun wäre, ist von vielen Ökonomen immer wieder gesagt worden: Mehr Markt in der Agrarwirtschaft. Wenn es keine Preisstützungen und keine produktbezogenen Beihilfen gäbe, dann würde nicht soviel produziert und zu hohen Kosten eingelagert; dann müssten sich Landwirte außerhalb Europas nicht darüber beschweren, dass sie durch Zölle von den Lebensmittelmärkten der EU ausgesperrt werden; dann würden Böden und Gewässer weniger belastet, weil sie nicht mehr als Produktionsfaktoren einer unsinnigen Überproduktion erhalten müssten.

Mehr Markt. Das wäre besser als die Erfindung des „Ministerialrat nat.“ Denn beim „Naturbeamten des einfachen Dienstes“ wird es nach aller Erfahrung nicht bleiben.

Hans D. Barbier

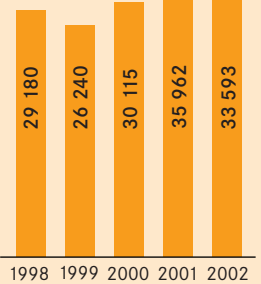
Wer will eine Ökowende?

Artgerechte Tierhaltung, schonender Umgang mit Rohstoffen und Böden und bessere Produktqualität – nach BSE und Tierfuttermittelskandalen sah Verbraucherministerin Renate Künast im Ökolandbau die bessere Variante der Landwirtschaft. Das Ziel: Bis 2010 sollten zwanzig Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe von Biobauern bewirtschaftet werden. Dafür machte die Ministerin auch ein paar Euro locker: Rund 35 Millionen € sind für Schulung und Beratung von Landwirten und Händlern im Rahmen des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau“ in diesem Jahr verfügbar.

Rund 14 700 Ökobauern beackerten im vergangenen Jahr knapp 640 000 Hektar Land, das entspricht 3,3 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe und 3,7 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland. Der im Agrarbericht 2003 erstmals gezogene Einkommensvergleich zwischen ökologisch wirtschaftenden und konventionellen Betrieben zeigt, dass ökologisch geführte Ackerbaubetriebe im Wirtschaftsjahr 2001/2002 mit 28 227 € je Arbeitskraft ein etwas höheres Einkommen erzielten als vergleichbare konventionelle Betriebe (27 470 €/Arbeitskraft). Bei Höfen mit Tierhaltung sieht

Landwirtschaft

Haupterwerbsbetriebe*, Gewinn in €



1998 1999 2000 2001 2002

* Ab 2 ha Landwirtschaftsfläche

Quelle: BMVEL

das anders aus: Konventionelle liegen mit 21 033 € vor den ökologisch geführten Betrieben mit 18 404 €.

Der nach wie vor geringe Anteil von Ökobauern hat mindestens zwei Gründe. Auch wenn wieder einige Hundert Bauern im letzten Jahr mit dem Ökolandbau begonnen haben: Es dauert zwei Jahre, bis sich ein umstellungswilliger Betrieb Bio-Hof nennen darf. Bis dahin ist einiger Aufwand nötig: Neubau oder Umbau von Ställen, neue Vertriebswege, andere Fütterung und Düngung etc. Viele Höfe fürchten die hohen Investitionen und die lange Übergangsphase.

Zum Zweiten haben die Verbraucher maßgeblichen Einfluss. Letztlich entscheiden sie, ob es eine Agrarwende geben wird oder nicht. Neben langjährigen Gewohnheiten sprechen vor allem die ►

Preise gegen Milch, Fleisch, Obst und Gemüse aus biologischen Anbau: Bioprodukte sind bis zu 80 Prozent teurer als konventionell produzierte Nahrungsmittel. Manche Verbraucher sind nicht bereit, tiefer in die Tasche zu greifen, und viele können sich die teuren Bio-Lebensmittel einfach nicht leisten.

www.abl-ev.de/agrarbuendnis.htm
www.bundesprogramm-oekolandbau.de
www.verbraucherministerium.de

Polens Kleinbauern sind verloren

Mit den zehn Beitrittsländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern wird die EU um rund zehn Millionen landwirtschaftliche Arbeitskräfte und um einige Strukturprobleme reicher. Denn die Bedeutung des Agrarsektors ist von Land zu Land verschieden. Ein Beispiel: In Polen sind 20 Prozent der knapp 39 Millionen Bewohner in der Landwirtschaft tätig. Nirgendwo in der EU ist dieser Anteil höher. Die durchschnittliche Größe der polnischen Höfe beträgt neun Hektar, und nur knapp die Hälfte der 2,1 Millionen Betriebe produziert für den Markt. Nach Expertenmeinung ist ein landwirtschaftlicher Betrieb erst ab 100 Hektar konkurrenz- und überlebensfähig. Für das künftige EU-Mitglied Polen bedeutet das: Auf mittlere Sicht werden mindestens drei Viertel der Höfe verschwinden – und mit ihnen fast sechs Millionen Arbeitsplätze.

Bauern: Agrarbeamte oder Unternehmer?

Seit Jahrzehnten werden die europäischen Landwirte mit Milliarden dafür belohnt, dass sie Fleisch, Milch und Getreide produzieren, die niemand haben will. Nun hat EU-Agrarkommissar Franz Fischler eine neue Idee. Einige fürchten, dass Europas Bauern in Zukunft fürs Nichtstun bezahlt werden.

Im Januar 2003 hat Franz Fischler vorgeschlagen, Beihilfen künftig generell unabhängig von der Produktion zu gewähren. Von 2007 an sollen Landwirte ohne Produktionszwang existieren können. Alle EU-Landwirte sollen eine Art Grundgehalt erhalten. Bei etwa 5 000 € pro Jahr beginnt der Einstieg für kleinere Betriebe. Bei größeren Ackerflächen und/oder Tierzahlen steigt der Grundbetrag. Landwirte, die mehr als 50 000 € Subventionen pro Jahr empfangen, müssen sich allerdings auf prozentuale Kürzungen einstellen.

Garantierte Abnahmemengen und Preisgarantien bleiben weiterhin bestehen, werden aber allmählich reduziert. Die EU bezahlt den Landwirten ihre Leistungen als Bewahrer der Kulturlandschaft – natürlich nur, wenn sie die Umweltauflagen einhalten und sich entsprechenden EU-Kontrollen unterwerfen. Darüber, ob die Landwirte in Zukunft als quasi EU-Beamte – mit leistungsunabhängigem Grundgehalt auf

Lebenszeit – tätig sein werden, wird Mitte 2003 entschieden. Ob dieser Reformvorschlag die europäischen Agrarpolitik auf einen marktwirtschaftlichen Weg bringen wird?

Die Landwirtschaft spielte zu Beginn der Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bereits eine große Rolle. Angesichts der Lebensmittelknappheit während und nach dem Zweiten Weltkrieg war die Landwirtschaft in den sechs Gründerstaaten der EWG in der Nachkriegszeit mit kräftigen staatlichen Zahlungen aufgepäpelt worden. Später hieß es dann: Die noch immer schwache Inlandsproduktion müsse vor dem Weltmarkt geschützt werden. Als 1958 die Grundsätze der gemeinsamen EWG-Agrarpolitik (GAP) auf der Konferenz von Stresa festgelegt wurden, übertrugen Europas Agrarpolitiker einfach den Protektionismus der einzelnen Staaten auf die EWG.

In den folgenden Jahren entstand eine Landwirtschaft,

die sich auf bürokratische Marktregulierungen, Preisinterventionen und Beihilfen stützen konnte. Dank der garantierten Preise und der Interventionskäufe bekamen landwirtschaftliche Betriebe um so mehr Subventionen, je mehr sie produzierten. Je größer wiederum der Betrieb, umso mehr konnte er produzieren und auf Beihilfen zugreifen – es entstanden mehr und mehr landwirtschaftliche Großbetriebe. Kleine Familienbetriebe konnten mit den Agrarriesen nicht konkurrieren und gaben auf.

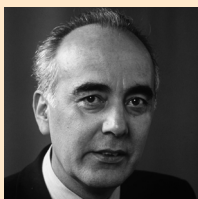
Da zugleich der technische Fortschritt zunahm, wurde über Bedarf produziert. Um die Überschüsse abzutragen, wurden sie eingelagert oder zu stark reduzierten Preisen auf dem Weltmarkt verkauft, zum Ärger und Nachteil außereuropäischer Anbieter. Zudem wurde die Umwelt durch die immer intensiver betriebene Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Der erhöhte Pestizid- und Düngereinsatz ließ zwar vorübergehend die Erträge steigen, führte aber zu Rückständen in den Nahrungsmitteln und im Grundwasser.

Informationen zur Europäischen Union im Internet

citizens.eu.int/
www.are-regions-europe.org/
www.ecu-activities.be/archives.html
www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm
www.europa-digital.de/
www.europarl.eu.int/

Subventionslalom à la Brüssel

1988 beschloss die EU erste zaghafte Reformen auf einem Sondergipfel in Brüssel. Permanent wachsende Ausgaben



Selbstverständlich

„Wenn wir Subventionen gewähren, dann tun wir dies mit dem Geld, das wir Ihnen vorher abgenommen haben.“

Hans Friderichs, ehem. Bundesminister für Wirtschaft

für den Agrarbereich drohten den EU-Haushalt zu sprengen. Der Ausgabenanstieg wurde deshalb auf ein jährliches Höchstmaß festgesetzt. Flächenstilllegungs- und Vorruhestandsprogramme sollten Landwirte veranlassen, weniger zu produzieren.

Im Mai 1992 folgte die nächste Reform durch den EU-Ministerrat. Schwerpunkt war diesmal die Senkung der Interventionspreise. Beispielsweise wurde der Interventionspreis für Getreide bis 1996 in drei Schritten um insgesamt 33 Prozent gesenkt. Dadurch konnten Überschüsse von vorher 40 Millionen Tonnen auf etwa 15 Millionen reduziert werden. Um die damit einhergehenden Einnahmeausfälle abzufangen, schuf die EU ein System direkter Einkommensbeihilfen. Erstmals wurden auch umweltverträgliche Produktionsverfahren gefördert.

Im Juli 1997 veröffentlichte die EU-Kommission dann die „Agenda 2000“. Im Hinblick auf die EU-Erweiterung sollte im Agrarbereich an die Reform von 1992 angeknüpft werden. Folgende Punkte wurden beschlossen:

- Stärkere Reduzierung der Preisstützungsmaßnahmen zugunsten direkter Einkommensbeihilfen;
- Förderung alternativer Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Landwirte (zum Beispiel Ferien auf dem Bauernhof);
- verstärkte Einbeziehung von Umweltzielen.

Seit Gründung der EWG wurde immer wieder auf die unerwünschten Folgen der

europäischen Agrarpolitik hingewiesen: Agrarsubventionen verteuern unnötig die Nahrungsmittel. Sie heizen Fehlproduktionen an und binden Ressourcen, die in produktivere Aktivitäten investiert werden könnten. Zudem unterlaufen subventionierte Produkte die Weltmarktpreise zum Nachteil außereuropäischer Bauern, zum Beispiel in den Entwicklungsländern.

Höchste Zeit für Marktwirtschaft

Bei der von EU-Kommissar Fischler vorgeschlagenen Reform steht nun aber ein Subventionsabbau wieder nicht zur Diskussion. Wie bei vorhergehenden Agrarreformen wird nur die Art der Subvention, die Koppelung von Beihilfen an die Produktionsmenge als ursächlich für Fehlentwicklungen angesehen. Die Umschichtung von Beihilfen bedeutet keine marktwirtschaftliche Ausrichtung der Agrarpolitik.

Im Zusammenhang mit seinen jüngsten Vorschlägen hat EU-Kommissar Fischler in einem Rundfunkinterview erläutert, warum er den Agrarbereich nicht der Marktwirtschaft überlassen möchte. Er meint, „dass ganz wichtige Güter, die heute von der Gesellschaft verlangt werden, auf dem Markt nicht vorkommen. Man kann Landschaft ebenso wenig auf dem Markt kaufen wie guten Tierschutz.“

Es stimmt, Marktwirtschaft ist kein Patentrezept. Umwelt- und Landschaftsschutz brauchen staatliche Vorgaben. Das ist aber kein Grund, die gesamte Produktion von Grund-

nahrungsmitteln planwirtschaftlich zu organisieren. Es trifft auch zu, dass sich die Folgen der seit fast fünfzig Jahren verfehlten europäischen Agrarpolitik nicht von einem zum anderen Tag beseitigen lassen. Gerade deshalb sollte bald begonnen werden, die Vorteile marktwirtschaftlicher Lösungen in der Agrarpolitik zu nutzen.

Eine marktwirtschaftliche Agrarpolitik würde bedeuten: Jeder Landwirt muss die Güter und Leistungen anbieten können, die nach seiner Überzeugung Verbraucherwünsche erfüllen. Nur so wird den Landwirten ein dauerhafter Zugang zu eigenständigem Einkommen eröffnet. Landwirte müssen selbständig und unternehmerisch tätig sein, statt wie jetzt vorgesehen zu staatlichen Bediensteten zu werden.

Die Abkehr von der subventionierten Landwirtschaft

hätte zugleich Signalwirkung für die künftigen Beitrittskandidaten. Ohne Neuorientierung droht durch die EU-Osterweiterung ein neuer Subventionswettlauf. Die Beitrittsländer, vor allem Polen, fordern bereits jetzt höhere Zahlungen. Wie lange aber kann sich die EU ein milliardenteures Subventionssystem für einen Wirtschaftssektor leisten, der nicht einmal drei Prozent des gemeinschaftlichen Bruttosozialproduktes erwirtschaftet? Zumal auch außerhalb der EU genauestens auf die Agrarpolitik der Europäer geschaut wird. Die USA haben beispielsweise eine massive Aufstockung ihrer Agrarsubventionen beschlossen, um ihren Landwirten bessere Chancen im Welthandel gegen die Europäer zu sichern. So dreht die Subventionsspirale sich munter weiter – wenn Europas Agrarpolitiker nicht der Mut zur Umkehr finden.

Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds			
in Millionen €			
	Einzahlung	Rückfluss	Saldo
Belgien	1 552	955	-597
Dänemark	774	1 305	+ 531
Deutschland	9 975	5 642	-4 333
Finnland	560	728	+ 168
Frankreich	6 650	8 982	+ 2332
Griechenland	613	2 597	+ 1 984
Großbritannien	6 352	4 059	-2 293
Irland	492	1 678	+ 1 187
Italien	5 038	5 002	-36
Luxemburg	85	21	-64
Niederlande	2 519	1 397	- 1 122
Österreich	959	1 019	+ 59
Portugal	576	652	+ 76
Schweden	1 205	798	-407
Spanien	2 954	5 469	+ 2 515
Gesamt	40 304	40 304	0

Quelle: Agrarpolitischer Bericht 2002 der Bundesregierung; Stand: 2000



Spitzenideen von Spitzen-Genossen

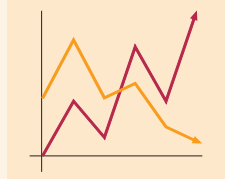
„Was wir machen ist richtig: Weniger für den privaten Konsum – und dem Staat mehr geben, damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können.“

Franz Müntefering, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

IM KLARTEXT

Februar 2003

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2003

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Eigenverantwortung

Die Zahl der Unternehmenspleiten ist 2002 erneut gestiegen. Im letzten Jahr mussten 37 700 Unternehmen in Deutschland Insolvenz anmelden, 16,4 Prozent mehr als 2001. Der finanzielle Schaden betrug 38,4 Milliarden €. Gegenüber dem Vorjahr lag die Schadensumme damit um fast 20 Prozent höher. Die öffentliche Hand muss in Folge der Pleitewelle 11,8 Milliarden € abschreiben, private Gläubiger – Lie-

feranten oder Banken – verloren 26,6 Milliarden €.

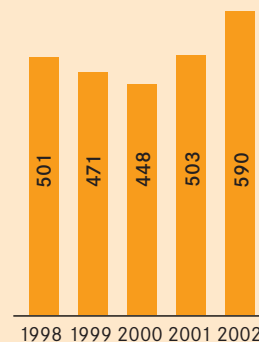
Die schlechte Wirtschaftslage hat nicht nur bestehende Unternehmen vernichtet, sondern möglicherweise auch potenzielle Neugründer abgeschreckt. 729 000 Unternehmensanmeldungen sind für 2002 in den Statistiken vermerkt. 2001 hatte es noch fast 30 000 Neuanmeldungen mehr gegeben.

Vollbeschäftigung

Die tausendfachen Firmenzusammenbrüche haben auch auf dem Arbeitsmarkt Spuren hinterlassen. Laut Erhebung der Wirtschaftsankunft Creditreform vernichteten Insolvenzen im letzten Jahr 590 000 Arbeitsplätze. Das waren 17,3 Prozent mehr als 2001. Berücksichtigt ist bei diesen Zahlen, dass nicht bei jedem Insolvenzfall alle Arbeitsplätze verloren sind. Bei Sanierungen werden rentable Unternehmensteile verkauft oder als eigenständige Unternehmen ausgegliedert, und häufig werden Auffanggesellschaften gegründet, die zu-

Arbeitsplatzverluste

durch Insolvenz, in Tausend



Quelle: Creditreform

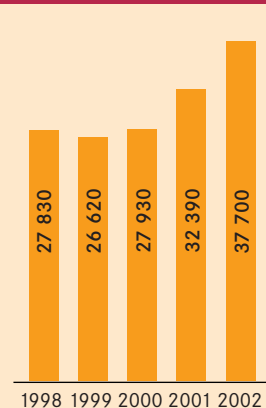
Schuldverschreibungen des Staates bieten Banken und Anlegern eine sichere Anlagemöglichkeit. Schließlich kann der Staat nach allgemeiner Überzeugung nicht Pleite gehen. Wenn aber die Finanzminister und Stadtkämmerer mit Bundesschatzbriefen, Kommunalobligationen, Pfandbriefen oder anderen Staatsschuldtiteln den Kapitalmarkt abräumen, steigen die Zinsen für andere Kreditnehmer. Höhere Zinsen gehen in die Preiskalkulation der Unternehmen ein und verteuern die Produkte.

mindest Teile der Belegschaft übernehmen.

Geldwertstabilität

Auf 1,25 Billionen € summierten sich die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden Ende 2002. Zinsen und Tilgung müssen aus den künftigen Einnahmen des Staates bedient werden: aus Steuern, aus Erlösen beim Verkauf von Staatseigentum, aus Gebühren für öffentliche Güter. Und wenn das nicht reicht, müssen neue Schulden aufgenommen werden.

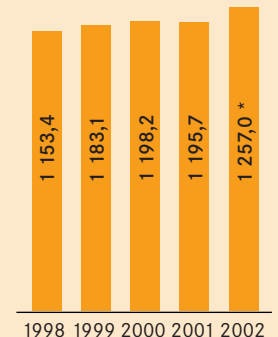
Firmenpleiten



Quelle: Creditreform

Staatsschulden

in Milliarden €



* geschätzt

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de